

ERITREA

Fünf Mönche nach Regimekritik inhaftiert

Zu „Gefangenen des Monats August 2020“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea fünf eritreisch-orthodoxe Mönche benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die Geistlichen aus dem berühmten Kloster Debre Bizen auf dem gleichnamigen Berg bei der



FOTO: GRULLAB

Gebäude des Debre Bizen Klosters

Stadt Nefasit in Eritrea einzusetzen und für sie zu beten. Sicherheitskräfte nahmen sie am 13. Juni 2019 in der Kleinstadt Ghinda (Gindae) der nördlichen Küstenregion fest. Sie brachten Kibreab Tekie, Gebremedhin, Kidanemariam Tekeste, Gebretensae Zemichael, Gebretensae Tewoldemedhin zur örtlichen Polizeistation. Drei von ihnen sind laut UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Eritrea, Daniela Kravetz, älter als 70 Jahre.

Bislang ist nicht bekannt, was ihnen vorgeworfen wird. Offenbar kam es noch nicht zur Anklageer-

hebung. Angaben orthodoxer Kirchenstellen zufolge sind sie weiter in Haft, jedoch ist ihr Aufenthaltsort und ihr Gesundheitszustand unbekannt. Die Mönche hatten vor ihrer Verhaftung die fortlaufenden

staatlichen Eingriffe in Kirchenangelegenheiten, insbesondere die Einsetzung eines regierungskonformen Patriarchen nach der zwangsweisen Demission des bisherigen Patriarchen der eritreisch-orthodoxen

Tewahedo-Kirche, Abune Antonios, im Jahr 2006 offen verurteilt. Obwohl Eritrea 2002 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert hat, stellte die UN-Sonderberichterstatterin wiederholt gravierende Verletzungen der Religionsfreiheit in dem ostafrikanischen Land fest, darunter staatliche Schließungen kirchlicher Krankenhäuser und zahlreiche Festnahmen von Christen unterschiedlicher Bekenntnisse.

Appellbrief

An den
Präsidenten des Staates Eritrea
Isayas Afewerki
c/o Botschaft des Staates Eritrea
Stavangerstrasse 18
10439 Berlin

Fax: 030-44674621

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich an Sie, um auf das Schicksal von fünf eritreisch-orthodoxen Mönchen des Klosters Debre Bizen aufmerksam zu machen. Sie wurden am 13. Juni 2019 von staatlichen Sicherheitskräften in der Kleinstadt Ghinda (Gindae) festgenommen. Es handelt sich um die Mönche Aba Kibreab Tekie, Aba Gebremedhin, Aba Kidanemariam Tekeste, Aba Gebretensae Zemichael und Aba Gebretensae Tewoldemedhin.

Herr Präsident, es geht um friedliche Mönche, von denen drei über 70 Jahre alt sind und bei denen keinerlei Rechtsverletzungen bekannt sind. Meinen Informationen nach sind sie weiter in Haft. Über ihren derzeitigen Gesundheitszustand, den Aufenthaltsort, etwaige Anklagepunkte oder ein mögliches Prozessverfahren ist nichts bekannt.

Herr Präsident, ich bitte Sie höflichst um Freilassung der Inhaftierten und Mitteilung über deren Schicksal. Eritrea hat im Jahr 2002 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: YOUTUBE

Das Regime in Asmara zwang bereits 2007 das Oberhaupt der Eritreisch-Orthodoxen Tewahedo-Kirche, Patriarch Abune Antonios (im Bild), aus seinem Amt zu entfernen. Seither steht er unter Hausarrest. Weltweit setzen sich Menschen für ihn als Ranghöchsten unter den eritreisch-orthodoxen Glaubensgefangenen Eritreas ein. Im Juli 2019 wurde der inzwischen 90-Jährige wegen angeblicher Häresie exkommuniziert.

CHINA

Folter und Menschenversuche an Muslimen in geheimen Lagern

Sayragul Sauytbay, verfolgte Kasachin aus Chinas nordwestlicher Provinz Xinjiang, gelang im Frühjahr 2018 die Flucht aus ihrer Heimat. Die 43-jährige Familienmutter wurde jedoch am 21. Mai 2018 in Kasachstan festgenommen und ab 13. Juli 2018 wegen illegalen Grenzübertritts vor Gericht gestellt. Durch diesen Prozess gelangte einer der ersten Berichte über Alltagsdetails aus Chinas geheimem Lagersystem zur Verfolgung muslimischer Bürger ans Licht der Weltöffentlichkeit. Sauytbay er-

hielt im Juni 2019 in Schweden Asyl. Die deutsche Journalistin Alexandra Cavalius erzählt ihre Geschichte in dem im Juni erschienenen Buch „Die Kronzeugin“. (IGFM-Freunden ist Cavalius durch den Titel „Ich bleibe eine Tochter des Lichts“ mit der Jesidin „Shirin“ und dem Psychologen Jan Kizilhan bekannt.)

Sauytbay wollte, wie ihre Familie, 2016 nach Kasachstan auswandern. Der Ehemann hat inzwischen mit ihren Kindern, einer Tochter und einem Sohn, die kasa-

chische Staatsbürgerschaft zuerkannt bekommen. Die zuständige Behörde in China zog jedoch den Reisepass der Mutter ein. Anfang 2017 wurde sie erstmals zu Verhören abgeholt, Ende des Jahres mit verbundenen Augen in ein Lager verschleppt und dort fünf Monate festgehalten. Weil die Ärztin und Lehrerin neben Kasachisch auch Chinesisch beherrscht, wurde sie gezwungen, an der „Umerziehung“ mitzuwirken und die Mitgefangenen in chinesischer Sprache zu unterricht-

ten. Rund 2.500 Kasachen waren in dem Lager auf engstem Raum eingepfercht und durften keine Emotionen zeigen. Nachts hörte sie die Schreie aus der Folterkammer und wurde Zeugin einer Gruppenvergewaltigung sowie von pharmazeutischen Menschenversuchen, die die Opfer äußerst apathisch zurückließ. Nachdem eine alte Frau sie umarmt hatte, wurde Sauytbay selbst mit Elektrostöcken malträtiert. Wer über das Lagersystem berichtet, muss damit rechnen, getötet zu werden. Als die Sicherheitskräfte ihr drohten, sie auch zur „Umerziehung“ in ein Lager zu stecken, sah sie nur noch die Flucht als Ausweg. Sauytbay hat gegenüber Medien berichtet, regelmäßig Drohanrufe zu erhalten. Ihre Aussagen werden durch andere Überlebende bestätigt: „Menschen, die aus Internierungslagern geflohen sind, haben uns berichtet, dass die Räume dort stark überfüllt und in einem sehr schlechten hygienischen Zustand sind“, erläutert Dolkun Isa, Präsident des Weltkongresses der Uiguren. Hinzu komme, dass die

Internierten permanent physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt werden. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen befinden sich über eine Million chinesische Staatsbürger muslimischen Glaubens, überwiegend Uiguren, in „Umerziehungslagern“. Im März dieses Jahres wurde öffentlich, dass mehr als 80.000 Uiguren und Angehörige anderer Turkvölker, die in Lagern inhaftiert waren, zur Zwangsarbeit in verschiedene chinesische Provinzen gebracht werden. Als weiteres Mittel zur Auslöschung der Kultur dieser Volksgruppen erfolgt sogar Zwangssterilisation direkt auf Anweisung der chinesischen Regierung. Dokumente aus dem Jahr 2019 belegen eine Kampagne in ländlichen Gebieten zur Sterilisierung von 14 bis 34 Prozent der uigurischen Frauen im gebärfähigen Alter. Es

wurden finanzielle Mittel für hunderttausende solcher Prozeduren bereitgestellt. „Angesichts solch menschenunwürdiger Praktiken sollte eigentlich ein Aufschrei durch die Welt gehen und das Vorgehen der chinesischen Regierung aufs Schärfste verurteilt werden. Stattdessen profitieren sogar noch deutsche Unternehmen von der Zwangsarbeit“, kritisiert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Die IGFM setzt sich für die Ärztin im Ruhestand Gulshan Abbas ein, die Großmutter von drei Enkelkindern ist. Ihre Schwester, Rushan Abbas, Vorsitzende und Gründerin der „Campaign for Uyghurs“, engagiert sich in den USA für die Menschenrechte ihrer Volksgruppe. Im Jahr 2018 brachten die chinesischen Behörden Abbas in ein Internierungslager, um ihre Schwester zum Schweigen zu bringen.



Sayragul Sauytbay / Alexandra Cavalius, *Die Kronzeugin*, Hardcover, 352 Seiten, 22,00 Euro, Europa Verlag, ISBN 978-3-95890330-2

HONGKONG

Gebetswachen bei Kerzenlicht im Fadenkreuz?

Kardinal Bos Appell für den Schutz der Freiheit in Hongkong

Der Präsident der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen, Kardinal Charles Maung Bo von Yangon in Myanmar, befürchtet, künftig werde die Religionsfreiheit in Hongkong eingeschränkt. „Wir haben aus heftiger Erfahrung gelernt, wo auch immer die Freiheit insgesamt ausgehöhlt wird, sich dies früher oder später auf die Religions- oder Glaubensfreiheit auswirkt“, schreibt er in einem Appell. Darin ruft er Christen aller Traditionen sowie Menschen aller Religionen zum Gebet auf. Lesen Sie nachfolgend wesentliche Auszüge:

„Im Namen der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen rufe ich mit großer Eindringlichkeit Christen aller Traditionen und Menschen aller Glaubensrichtungen in ganz Asien und der Welt auf, für Hongkong, ja sogar für China und sein ganzes Volk zu beten.

... Dieses Gesetz schränkt die Freiheiten Hongkongs ernsthaft ein und zerstört den „hohen Grad an Autonomie“ der Stadt, der nach dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ versprochen wurde. Diese Aktion bringt eine höchst bedeutsame Änderung der Verfassung Hongkongs mit sich und ist

eine Beleidigung für Geist und Buchstaben des Übergabeabkommens von 1997...

Eine solche Gesetzgebung sollte jedoch mit dem Schutz der Menschenrechte, der Menschenwürde und der Grundfreiheiten in Einklang gebracht werden. Die Erzwingung des Gesetzes durch den Nationalen Volkskongress Chinas schwächt den Legislativrat Hongkongs und die Autonomie Hongkongs gravierend. Sie verändert die Identität Hongkongs radikal.

Ich bin darüber besorgt, dass das Gesetz eine Bedrohung für die Grundfreiheiten und Menschenrechte in Hong-

kong darstellt. ...

Zahlreichen Berichten zufolge leidet die Religions- und Glaubensfreiheit in Festlandchina unter den schwersten Einschränkungen seit der Kulturrevolution. Selbst wenn die Kulturfreiheit in Hongkong nicht direkt oder unmittelbar betroffen ist, könnten das neue Sicherheitsgesetz und seine weitgehende Kriminalisierung von „Subversion“, „Sezession“ und „Kollaboration mit ausländischen politischen Kräften“ dazu führen, dass etwa religiöse Predigten überwacht, Gebetswachen bei

Kerzenlicht kriminalisiert und Gotteshäuser, die den Protestierenden Zuflucht oder Nahrung bieten, drangsalieren werden. Ich bete darum, dass dieses Gesetz der Regierung keine Lizenz zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten religiöser Organisationen und in die Dienste, die sie der Öffentlichkeit anbieten, erteilt.

... Die Beteiligung religiöser Einrichtungen an sozialen Angelegenheiten sollte nicht gestört werden. Die Bestimmungen im Basic Law (Grundgesetz) von Hongkong garantieren die Glaubensfreiheit. Werden religiöse Führer jetzt dafür kriminalisiert, dass sie über Menschenwürde, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freiheit und Wahrheit predigen? Wir haben aus heftiger Erfahrung gelernt, wo auch immer die Freiheit insgesamt ausgehöhlt wird, sich dies früher oder später auf die Religions- oder Glaubensfreiheit auswirkt.

Im vergangenen Jahr hat es in Hongkong viele Proteste gegeben, die meisten davon friedlich. Doch während mehr als 9.000 Demonstranten verhaftet wurden, wurde kein einziger Polizeibeamter für seine unverhältnismäßige Brutalität zur Rechenschaft gezogen. ...Es ist unerlässlich, dass die den Unruhen zugrunde liegenden Ursachen beseitigt werden und dass sinnvolle Reformen und Kompromisse erreicht werden. Dieses Gesetz zur nationalen Sicherheit droht die Spannungen zu verschärfen, nicht aber Lösungen zu ermöglichen....“



Kardinal Bo

FOTO:IGFM